

/// Kräfte maximieren statt diffundieren

EUROPAS ZUKUNFT LIEGT IN DER POLITISCHEN UNION

BRENDAN SIMMS /// ist Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen am Centre of International Studies der Universität Cambridge. Im nachfolgenden Gespräch geht er einigen Fragen wie „Welche Kräfte treiben Europa voran – Überzeugungen oder Konflikte?“ und „Welche Rolle spielt Deutschland in diesem Konzert der Mächte?“ nach. Als Vorsitzender und Mitbegründer des Project for Democratic Union hat er da seine eigene Sicht der Dinge und scheut auch nicht vor provokativen Thesen zurück.

Politische Studien: Herr Professor Simms, Sie sind in Irland geboren und lehren an der Universität Cambridge. Fühlen Sie sich als Europäer und was treibt Sie an, sich für Europa einzusetzen?

Brendan Simms: Ja, ich fühle mich als Europäer. Im Laufe meines Studiums und meiner Forschungstätigkeit habe

ich auch lange Zeit in Deutschland verbracht. Leider sehen wir im Moment, dass die Idee einer europäischen Staatsbürgerschaft, die das Potenzial bietet, aus uns allen primär Europäer zu machen, noch etwas hohl wirkt. Das hängt auch damit zusammen, dass das Prinzip der staatlichen Souveränität zwar noch immer verteidigt wird, diese Souveränität aber für viele Staaten schon längst verwirkt ist. Denken Sie an die Bedin-

”

Gegenwärtig steht es um die europäische Integration historisch SCHLECHT.



Quelle: Hanns Seidel Stiftung

„Wir Europäer haben ein enormes Potenzial. Um es zu verwirklichen, müssen aber die politischen Strukturen der Eurozone fundamental geändert werden“, so die Einschätzung von Brendan Simms.

gungen der Bankenrettung in Irland oder der Programme für Griechenland. Auch außenpolitisch ist Europa nicht wirklich handlungsfähig. Individuelle Staatsbürger haben schon lange keinen Einfluss mehr auf die wichtigen Entscheidungen, die uns tagtäglich betreffen. Dabei haben wir Europäer ein enormes Potenzial. Um es zu verwirklichen, müssen aber die politischen Strukturen der Eurozone fundamental geändert werden. Gegenwärtig steht es um die europäische Integration historisch schlecht. Das ist für mich der Anlass, nach Lösungswegen aus Europas Misere zu suchen.

Politische Studien: In Ihrer Strukturierung historischer Prozesse sehen Sie Deutschland zwischen der Mobilisierung und Eindämmung von Kräften, als ein Ge-

bilde, das, im Sinne Henry Kissingers, zu groß für Europa und zu klein für die Welt ist. Wie sieht Ihr Lösungsweg zur mobilisierten Eindämmung oder eingedämmten Mobilisierung aus?

Brendan Simms: Bei der Schaffung der Europäischen Union und später der Eurozone ging es darum, Deutschland nicht nur einzudämmen, sondern seine wirtschaftliche Stärke für Europa nutzbar zu machen. Die Hoffnung des europäischen Projekts war, dass der Währungsunion notwendigerweise die wirtschaftliche und politische Integration folgen würde. Unglücklicherweise waren die Strukturen der Eurozone der Herausforderung nicht gewachsen. Sie hat die notwendige wirtschaftspolitische Integration der Eurozone nicht hervorgebracht. Ebenso ist es nicht gelungen, Deutschland so einzubinden, dass so-

wohl die Bundesrepublik als auch die Union davon profitieren. Stattdessen hat Deutschland die Rolle eines unabsichtlichen europäischen Hegemons eingenommen. Deutschland hat wirtschaftlich enorm profitiert, aber seine wirtschaftliche wie politische Stärke will und kann es in der gegenwärtigen Konfiguration auch gar nicht dafür einsetzen, in Europa die Führung in der Integration zu übernehmen. Der einzige Weg, deutsche Stärken auf Europa zu übertragen, ohne den Deutschen ihre politische Mitsprache zu nehmen, ist die Schaffung eines demokratisch legitimierten Föderalstaates für die Eurozone. Darin würden die Deutschen weiterhin von der Einbettung in die Währungsunion profitieren, aber gleichzeitig, wie die anderen Bürger dieser demokratischen Union auch, ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für einander und die gemeinsame Sicherheit und das gemeinsame Wohl entwickeln können. Zentral dabei ist der demokratische Charakter dieses Föderalstaates, denn das demokratische Mitspracherecht auf europäischer Ebene ist das einigende Band dieser Union.

Politische Studien: „Kräfte maximieren statt diffundieren“ – diese Forderung zieht sich durch Ihre Schriften. Als einzi-

gen Weg dahin sehen Sie die Schaffung eines europäischen Bundesstaates mit einheitlichen politischen Institutionen, angelehnt an das angelsächsische Modell. Die Version lautet bei Ihnen: „Zwei britische Staaten innerhalb Europas“. Was macht Sie so optimistisch zu glauben, dass das politisch machbar wäre?

Brendan Simms: Zum einen ist, wie ich schon ausgeführt habe, die Strategie der kleinen Schritte gescheitert. Sie hat dazu geführt, dass die vielen individuellen Stärken, die die Mitglieder der Eurozone haben, nicht gebündelt werden, sondern sich im Dickicht der europäischen Institutionen verlieren und fragmentiert werden. Das ist ein Überbleibsel der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches und des Deutschen Bundes der Neuzeit. Wir sehen das gegenwärtig im Umgang mit Russland unter Präsident Putin. Die Regierungschefs können sich nicht auf mehr als einige Sanktionen einigen, aus Rücksicht auf nationale Sonderinteressen. Daher bietet sich ein fragmentiertes Bild europäischer Schwäche, die Putin nutzt, um seine geopolitischen Interessen durchzusetzen. Hätten wir einheitliche politische Institutionen auf Bundesebene, mit einem direkt gewählten Präsidenten, könnten wir gegenüber Russland geschlossen und mit gesamteuropäischen diplomatischen wie militärischen Ressourcen im Rücken auftreten. Statt



Hätten wir einheitliche politische Institutionen auf Bundesebene, mit einem direkt gewählten Präsidenten, könnten wir gegenüber Russland gesamteuropäisch **GESCHLOSSEN** auftreten.



Es gibt keine europäische Teleologie, die **UNUMWUNDEN** auf die politische Union hinführt.

zu reagieren, wäre es einem solchen Staat möglich, aus einer Position der Stärke heraus gemeinsam mit Russland eine langfristige Lösung für europäische Sicherheitsfragen zu finden. Zum anderen beobachten wir gegenwärtig in der gesamten Eurozone, dass Bürger in der Krise von wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausgeschlossen wurden. Es ist ein kleiner Kreis von nationalen Entscheidungsträgern, die unter sich Hilfskredite und deren Bedingungen aushandeln. Das demokratische Mitspracherecht der Bürger auf europäischer Ebene, wo die meisten der uns alle betreffenden Entscheidungen gefällt werden, ist nahezu ausgehebelt. Das ist auch trotz der in der Vergangenheit ausgebauten Rechte des Europäischen Parlamentes der Fall. Da es bei der Schaffung des europäischen Bundesstaates um die Wiedererlangung demokratischer Mitsprache der Bürger geht, bin ich davon überzeugt, dass eine Bündelung unserer politischen und wirtschaftlichen Ressourcen in dieser Form auf breite Zustimmung treffen wird.

Politische Studien: Hätte es in Ihrem Bild von Europa keine Ukraine-Krise gegeben? Und wenn ja, warum nicht? Wie wäre der Umgang mit Putin, wenn Ihr institutionelles Idealbild von Europa existieren würde?

Brendan Simms: Der amerikanische Ukraine-Experte Timothy Snyder sagte kürzlich bei einem Vortrag an der Karls-

Universität in Prag, dass nichts von dem, was wir 2014 in der Ost-Ukraine gesehen haben, passiert wäre, wenn die EU bereits vor der Annexion der Krim eine „Rapid Reaction Force“ mit einer Truppenstärke von 20.000 Mann zur Verfügung gehabt hätte. Ich glaube er hat Recht und solange wir es nicht schaffen, eine glaubwürdige Verteidigungsarchitektur für Europa aufzubauen, wird Putin solange weiter Druck ausüben, bis ihm jemand Einhalt gebietet. Auch Junkers Forderung nach einer europäischen Armee sind natürlich in diesem Zusammenhang zu verstehen. Allerdings muss man sich klar machen, dass eine europäische Armee mit einer gemeinsamen Befehlsstruktur und einer einzigen strategischen Doktrin natürlich immer auch vom Willen der Bürger Europas getragen werden muss. Sie kann nicht losgelöst von demokratisch legitimen Strukturen existieren.

Politische Studien: Eine Menge Ihrer Kritiker stimmen mit Ihnen überein, dass Europa nur als eine politische Union Zukunft hat. Sie sehen nur eben andere Wege und behaupten, dass der wirtschaftliche und auch der sicherheitspolitische Aspekt die Staaten so weit unter Druck setzen, dass die Union am Ende das unausweichliche Ergebnis sein wird. Was spricht Ihrer Ansicht nach gegen diese Taktik?



Nicht erst die Krise 2008 hat uns gezeigt, dass der **ÖKONOMIE** als umfassendes Deutungs- und Handlungsmuster klare Grenzen gesetzt sind.

Brendan Simms: Das Problem mit einer Taktik wie dieser ist, dass sie keine lang- oder gar mittelfristige Planungssicherheit gibt. Wir können es uns weder sicherheits- noch wirtschaftspolitisch leisten, darauf zu vertrauen, dass wir schon irgendwie zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen. Das sehen wir ja gerade. Die Krise der Eurozone lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass Anfang der 90er-Jahre zu viel Vertrauen darauf gelegt wurde, dass nach Schaffung der monetären Union automatisch politische wie fiskalische Integration folgen würde. Zwar haben wir kleine Schritte gesehen, aber die Vielzahl kleiner Schritte hat zu einem überaus komplizierten und fragmentierten System aus Institutionen, Regeln, Verträgen und überlappenden Verantwortungsbereichen geführt. Dieses System ist aber nicht in der Lage, die notwendigen großen Reformen anzustoßen und hat dazu auch nicht die Befugnis. Das Ergebnis ist eine wirtschaftliche Krise, die auch nach sieben Jahren nicht gelöst ist und ein politisch geschwächtes Europa, das sicherheitspolitisch nicht auf eigenen Beinen steht und Bedrohungen von Außen geradezu einlädt. Es gibt keine europäische Teleologie, die unumwunden auf die politische Union hinführt. Eine Taktik der klei-

nen Schritte, die erst dann tätig wird, wenn Probleme auftauchen, riskiert vielmehr, die gesamte europäische Integration so weit zu fragmentieren, dass sie sich am Ende auch wieder versehentlich auflösen könnte. Sie ist also eine Gefahr.

Politische Studien: Noch mal anders formuliert: Der Evolution als Prinzip räumen Sie wenig Chancen ein. Stattdessen sehen Sie den Urknall als unausweichlich, weil historisch Ihrer Sicht nach eher Ereignisse denn Prozesse zur Vereinigung komplexer Gebilde geführt hätten. Die Menschen heute, ausgestattet mit multiplen Zugängen zu Informationen, mögen solche Top-Down-Vorgaben nicht. Sie fordern Mitsprache, demonstrieren und akzeptieren eher langwierige Aushandlungsprozesse. Spricht aus Ihrer Urknall-Empfehlung nicht eine zu traditionelle Sichtweise von Politik?

Brendan Simms: Man kann natürlich die Geschichte Europas auch aus ganz anderen Blickwinkeln erzählen, und es gibt sicherlich zahlreiche Darstellungen, die die spezifischen Lebensumstände und Handlungsoptionen, etwa eines deutschen Wirtschaftsministers zu Zeiten der Weimarer Republik, viel genauer erfassen, als ich das je leisten könnte. Ich persönlich glaube aber, dass uns am Ende nur die langfristige Analyse politischer und insbesondere außenpolitischer Entwicklungen dazu bringt, in unserer jetzi-

gen Situation die richtigen Fragen zu stellen und auch die richtigen Antworten zu finden. Unabhängig davon kommen interessanterweise übrigens auch viele Beobachter, die die europäische Politik aus ganz anderer Warte betrachten, ob nun Sozialwissenschaftler oder Ökonomen, zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen. Wer sich zum Beispiel mit dem sozialen Elend auf den Straßen Athens oder auch mit der Frage der Nachhaltigkeit kontinuierlicher massiver Außenhandelsüberschüsse Deutschlands beschäftigt, wird letztlich zu dem Ergebnis kommen, dass nur eine politische Union Europas Probleme lösen kann.

Politische Studien: Sie treten also für das Primat der (Außen-)Politik ein. Ist das nicht eine sehr mutige Ansicht, weil die Menschen mehrheitlich befürchten, dass längst das Primat der Ökonomie gilt? Dass alle Prozesse durch die Brille von Effizienz, Nutzen und Profit gesehen werden und die Politik ihre wertsetzende Funktion verloren hat?

Brendan Simms: Nicht erst die Krise 2008 hat uns gezeigt, dass der Ökonomie als umfassendes Deutungs- und Handlungsmuster klare Grenzen gesetzt sind. Am Ende war es die Politik, die die Banken retten musste und nicht umgekehrt. Momentan ist es mit der Europäischen Zentralbank letztlich eine politische Institution, die die europäische Wirtschaft am Leben erhält. Es stimmt aber natürlich, dass das Misstrauen der Menschen in die europäischen Nationalstaaten sowie die Institutionen der EU wächst. Dies hängt zu einem nicht unerheblichen Teil damit zusammen, dass viele Nationalstaaten durch den Beitritt der Eurozone de facto ihre Souveränität verloren haben und den Willen ihrer Bürger nicht mehr adäquat vertre-

ten können. Die Bürger fühlen sich nicht mehr repräsentiert. Eine politische Union, in der wieder alle Europäer an den politischen Entscheidungen Teil haben können, die ihr alltägliches Leben betreffen, löst dieses Problem. Auf welche Werte und welchen Umgang mit vermeintlichen ökonomischen Imperativen wir uns dann in Europa einigen, ist eine andere Frage. Zunächst müssen wir erst die Strukturen schaffen, damit diese Deliberation überhaupt stattfinden und in politisches Handeln übersetzt werden kann.

Politische Studien: Herr Professor Simms, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Claudia Schlembach, Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PROF. DR. BRENDAN SIMMS

ist Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen am Centre of International Studies der Universität Cambridge.